

Brunhild Staiger

## Chinas Intellektuelle im Reformprozeß: Anspruch und Wirklichkeit

Zu den wichtigsten gesellschaftlichen Veränderungen im nachmaoistischen China zählt die Anhebung des Status der Intellektuellen in der chinesischen Gesellschaft. Die durch Deng Xiaoping 1978 eingeleitete neue Politik gegenüber der Intelligenz wurde neben den Wirtschaftsreformen zu einem der Angelpunkte der Reform- und Öffnungspolitik, ist sich die politische Führung doch bewußt, daß der Erfolg der Modernisierungspolitik entscheidend von den Leistungen der Intellektuellen abhängt - namentlich der Wissenschaftler und Techniker, Lehrer, Professoren, Ärzte und anderen Akademiker, aber auch der Journalisten, Schriftsteller und Künstler. Alle diese Gruppen von Intellektuellen sollen nach den Vorstellungen der Partei ihren Beitrag zur Modernisierung Chinas leisten, und zwar sowohl der materiellen als auch der kulturellen Modernisierung.

Da der Staat auf den Sachverstand, die Fähigkeiten und Konzepte der Intellektuellen angewiesen ist, um die "Vier Modernisierungen" voranzutreiben, ist es verständlich, daß er sich ihre Unterstützung und ihr Wohlwollen sichern möchte und sich ihrer in besonderem Maße annimmt. Ein weiterer Grund, weshalb die Intellektuellen das bevorzugte Interesse des Staates finden, liegt darin, daß die meisten von ihnen staatliche Stellungen innehaben und somit in den Kompetenzbereich staatlicher Institutionen fallen. Seit Beginn der Reformpolitik betreibt die Partei eine systematische Aufwertung der Intelligenz, indem sie deren Lebensbedingungen zu verbessern versucht und ihr eine größere Autonomie zugesteht. Der Propagandagehalt dieser Politik ist allerdings höher als ihr Wahrheitsgehalt einzuschätzen. Als Gegenleistung erwartet die Partei, daß die Intellektuellen sich entsprechend den Vorstellungen verhalten, die sich die Partei von ihnen macht, d.h. im wesentlichen, daß sie sich an die "Vier grund-

legenden Prinzipien" halten, also ideologisch zuverlässig sind, und ihren Beitrag zur Modernisierung leisten.

In beiderlei Hinsicht - sowohl was die Darstellung der eigenen Leistungen für die Intellektuellen als auch was die Anforderungen der Partei an die Intellektuellen betrifft - klaffen Anspruch und Wirklichkeit teilweise weit auseinander. Diese Diskrepanz sollen die folgenden Betrachtungen illustrieren.

### Die offizielle Politik gegenüber den Intellektuellen

Es ist unbestreitbar, daß Partei und Staat seit 1978 sehr viel zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Intellektuellen getan haben. Den wichtigsten Beitrag dazu leistete die Partei zunächst damit, daß sie das Ansehen der Intellektuellen in der Öffentlichkeit anhebte. Aus den in der Kulturrevolution geschmähten Klassenfeinden wurden umworbene Fachleute, deren Kenntnisse und Fähigkeiten allgemein gewürdigt und als unverzichtbar für die Modernisierung angesehen werden. Initiator dieser Politik war Deng Xiaoping, der bereits in seinem "Zwanzig-Punkte-Programm" vom August 1975 die Bedeutung von Wissenschaft und Technik hervorhob.<sup>1</sup> Den entscheidenden Schritt aber tat Deng, als er im März 1978 auf der großen nationalen Wissenschaftskonferenz verkündete, Wissenschaft sei als Produktivkraft zu begreifen, und infolgedessen seien auch die Wissenschaftler zu den Werktätigen zu zählen.<sup>2</sup> Schließlich wurde der Weg für die allgemeine Rehabilitierung der Intellektuellen durch die Beschlüsse der 3. Plenartagung des XI. ZK der KPCh vom Dezember 1978 endgültig freigegeben. Auch hier wurde die Rolle von Wissenschaft und Technik als eine der Vier Modernisierungen betont. Die Einführung des Leistungsprinzips, von Prüfungen, Auszeichnungen, Beförderungen und Degradierungen rückten die Fachleute wieder in den Vordergrund, und die Erklä-

rung der Deng-Anhänger, Fachleute seien generell als "rot", d.h. ideologisch zuverlässig, anzusehen, sollte dazu beitragen, die Vorurteile der Linken gegen die Intellektuellen abzubauen.<sup>3</sup> Fortan gehörte es zur offiziellen Politik, die Leistungen der Intellektuellen - insbesondere von Naturwissenschaftlern und Technikern - herauszustellen und ihren Beitrag zur wirtschaftlichen und kulturellen Modernisierung (in der Diktion der Chinesen: zum Aufbau der materiellen und geistigen Zivilisation) zu würdigen. Das Interesse des Staates an den Intellektuellen findet seinen Ausdruck u.a. darin, daß in der Verfassung vom 4.12.1982 Fachkräften und Intellektuellen zum erstenmal seit Bestehen der Volksrepublik ein eigener Artikel gewidmet ist. Dort heißt es in Artikel 23:

"Der Staat bildet Fachkräfte in verschiedenen Bereichen aus, die dem Sozialismus dienen, vergrößert die Zahl der Intellektuellen und schafft die Bedingungen, damit ihre Rolle bei der sozialistischen Modernisierung voll auf zur Geltung gebracht werden kann."

Schon in den Jahren zuvor hatte es sich der Staat zur Aufgabe gemacht, die materiellen Bedürfnisse der Intellektuellen zu befriedigen. Kamen in der ersten Zeit vorwiegend Opfer der Kulturrevolution in den Genuß materieller Vergünstigungen, so bemühte sich die Regierung im Laufe der Jahre zunehmend, durch Gehaltserhöhungen, Bereitstellung neuer Wohnungen und Schaffung angemessener Arbeitsbedingungen die Lebensumstände der Intellektuellen allgemein zu verbessern. Zur Politik der Würdigung geistiger Produkte zählen die Einrichtung von Auszeichnungen und Preisen für hervorragende wissenschaftliche und technische Leistungen, die Verleihung von Literatur- und Filmpreisen, die Auszeichnung besonders guter Lehrer u.ä. Solche Preise und Auszeichnungen haben nicht nur die Funktion, den Wettbewerb zu fördern und das Engagement der Wissenschaftler, Techniker, Lehrer, Schriftsteller, Künstler usw. für die sozialistische Modernisierung zu steigern, sondern auch den Beitrag der Intellektuellen zum wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau stärker in das Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit zu rücken.

Als Vergünstigungen, von denen besonders die Intellektuellen profitieren, wären nicht zuletzt die durch den Wissenschafts- und Kulturaustausch gegebenen Möglich-

keiten zu nennen, wie z.B. Auslandsstudium, Forschungsaufenthalte und Teilnahme an Kongressen im Ausland sowie Kontaktpflege mit ausländischen Kollegen.

In all den Jahren seit Beginn der Reformpolitik ist die Partei nicht müde geworden, ihre Leistungen hinsichtlich der Schaffung besserer Lebensbedingungen für die Intellektuellen zu betonen. Dabei versäumt sie es selten, neben den materiellen Leistungen auch darauf hinzuweisen, daß es die Partei war, die die politischen und ideologischen Rahmenbedingungen für die ungestörte Entfaltung der Intellektuellen geschaffen hat und die deren Fortdauer garantiert. Gemeint sind die Ausschaltung "linker" Einflüsse, das Verbot, Intellektuelle zu diskriminieren, sowie die Gewährung akademischer und schöpferischer Freiheit (des sog. "Hundert-Blumen"-Prinzips).

Besonderen Wert legt die Partei darauf, zu betonen, daß sie den Intellektuellen uneingeschränktes Vertrauen entgegenbringt. So versichert sie, daß sie die überwiegende Mehrheit der Intellektuellen zur Arbeiterklasse zählt und politisch und ideologisch für zuverlässig hält.<sup>4</sup> Auch bezieht sie die Intellektuellen ausdrücklich in die Politik mit ein, innerhalb des Volkes harmonische Beziehungen herzustellen - Ausdruck der Politik, Intellektuelle nicht mehr als Klassenfeinde zu betrachten. In den "Leitprinzipien für den Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation" vom 28.9.1986 etwa heißt es in dem Abschnitt über die sozialistische Moral, "... zwischen den Arbeitern, Bauern und Intellektuellen, ... mit anderen Worten, innerhalb des gesamten Volkes sollten die sozialistischen Beziehungen neuen Typs - Gleichberechtigung, Einheit, Freundschaft und gegenseitige Hilfe - gepflegt und weiterentwickelt werden."<sup>5</sup>

Hinter dem Bestreben der Partei, sich bei der Intelligenz als Urheber und Garant der neuen Politik ins rechte Licht zu setzen, ist un schwer die Absicht zu erkennen, die Intellektuellen an die Partei zu binden und deren Vertrauen zu gewinnen, das durch die Kulturrevolution auf den Nullpunkt gesunken war. Das Schicksal der Intellektuellen soll mit dem der Partei verknüpft werden. Deutlicher als in einem von einem Sonderkommentator verfaßten Artikel in dem Parteiorgan *Rote Fahne* vom September 1986 kann diese Absicht kaum ausgedrückt werden: "Die Intellektuellen brauchen die Partei, und

die Partei braucht die Intellektuellen. Ohne die Führung durch die Partei haben die Intellektuellen keine Richtung und keine Aussichten; ohne die aktive Teilnahme der Intellektuellen besteht keine Hoffnung, daß die Sache der Partei Erfolg hat. ... Wenn die politische, ideologische und organisatorische Linie der Partei korrekt ist, dann hat die Partei auch eine korrekte Politik gegenüber den Intellektuellen. ... Wenn die Linie der Partei falsch ist, dann kann die Intellektuellenpolitik der Partei vom korrekten Pfad abkommen. ... Das Schicksal der Intellektuellen ist von Anfang bis Ende mit dem Schicksal der Partei, des Staates und des Volkes verbunden."<sup>6</sup>

Dieses Zitat drückt die offizielle Parteimeinung aus und ist zugleich als ein Schlüsselzitat zum Verständnis der gegenwärtigen Intellektuellenpolitik anzusehen. Die Verknüpfung des Schicksals der Intellektuellen mit dem der Partei, die gegenseitige Abhängigkeit voneinander sollen der Intelligenz suggerieren, daß ein Zusammengehen für beide Seiten nicht nur vorteilhaft, sondern sogar zwingend ist. Noch nie, so die Partei, sei die Lage der Intellektuellen im 20. Jahrhundert über so lange Zeit so gut gewesen, sie erlebten gegenwärtig die beste Zeit, und das hätten sie der Partei zu verdanken.<sup>7</sup> Mit dieser Argumentation soll der Eindruck erweckt werden, die Intellektuellen seien die Hauptnutznießer der Reformpolitik.<sup>8</sup>

Dieses von der Partei gezeichnete Bild von dem Verhältnis zwischen ihr und den Intellektuellen entspricht freilich nicht der Realität, es ist eine Idealvorstellung, die im wesentlichen durch die Propaganda aufrechterhalten wird. Das Verhältnis wird als eines zwischen gleichen Partnern hingestellt, in dem beide Seiten einander brauchen und das durch ein gegenseitiges Geben und Nehmen gekennzeichnet ist. Aber in Wirklichkeit ist es keine partnerschaftliche Beziehung, denn die Partei behandelt die Intellektuellen in vieler Hinsicht wie unmündige Kinder. Die Fürsorge der Partei erstreckt sich auf alle Bereiche - von der Lösung der Alltagsprobleme über die Erteilung von Verhaltensmaßregeln und Ermahnungen bis hin zu Aufgabenstellung und Vorschreibungen der generellen Richtung.

Doch die angebliche Fürsorge der Partei weist Mängel auf, sie ist nicht so ideal, wie die Partei sie darstellt. Und auch die Führung im

geistig-ideologischen Bereich ist nicht so umfassend, wie die Partei es verlangt, sondern stößt heute mehr denn je an Grenzen.

### Die realen Lebensbedingungen der Intellektuellen

Obwohl sich die materiellen Lebensbedingungen der Intellektuellen im Verlaufe des letzten Jahrzehnts im Vergleich zur kulturrevolutionären Zeit gebessert haben, sind große Teile der Intelligenz nach wie vor benachteiligt und haben Anlaß, unzufrieden zu sein. Erst vor wenigen Monaten hat Zhao Ziyang auf dem XIII. Parteitag in seinem Bericht am 25. Oktober 1987 die Forderung wiederholt, "eine gesellschaftliche Umgebung zu schaffen, in der Wissen und Fachkräfte respektiert werden", "die Arbeits- und Lebensbedingungen für Intellektuelle" weiter zu verbessern und "jeden seiner Ausbildung entsprechend einzusetzen, damit er sein Können voll nutzen kann".<sup>9</sup> Schon damit ist angezeigt, daß es mit den Intellektuellen nicht zum besten bestellt ist.

In materieller Hinsicht steht sich die Mehrzahl von ihnen immer noch schlechter als die Arbeiter und ein großer Teil der Bauern, die heute am zunehmenden Wohlstand teilhaben. Zwar haben auch Intellektuelle von Gehaltserhöhungen profitiert, doch fielen sie vielfach bescheidener aus als bei Arbeitern. Ältere Wissenschaftler und Techniker, vor allem solche der Spitzenkategorie, dürften angemessen entlohnt werden, doch Akademiker mittleren Alters und Jungakademiker sind unterbezahlt. So soll offiziellen Angaben zufolge das Pro-Kopf-Einkommen in Haushalten von Intellektuellen mittleren Alters unter dem des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens der gesamten Bevölkerung liegen.<sup>10</sup>

Auf einer von der *Guangming-Zeitung* im Juli 1987 veranstalteten Diskussion über die Probleme von Intellektuellen mittleren Alters wurden weitere Unzulänglichkeiten und Benachteiligungen zur Sprache gebracht. So wurden z.B. die unzureichenden Wohnungs- und Gesundheitsverhältnisse kritisiert. Die Hälfte der 4.000 wissenschaftlichen Mitarbeiter der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften z.B. soll auf zu engem Wohnraum, teilweise sogar in Kellern leben. Während der durchschnittlich pro Person zur Verfügung stehende Wohnraum in Beijing 6,7 m<sup>2</sup> mißt, soll er in der Beijing-Universität nur

6 m<sup>2</sup> umfassen. Was den Gesundheitszustand angeht, so stellte die Chinesische Medizinische Gesellschaft bei Untersuchungen in elf wissenschaftlichen Einheiten in Beijing fest, daß 81,6% der Wissenschaftler und Techniker mittleren Alters an chronischen Erkrankungen litten. Bei entsprechenden Untersuchungen, die die Staatliche Kommission für Wissenschaft und Technik unter 37.000 Wissenschaftlern mittleren Alters vornehmen ließ, betrug der Anteil der chronisch Kranken 61,6%.<sup>11</sup>

Nicht besser als mit den Wohnverhältnissen steht es mit den Arbeitsbedingungen. Zu enge, vollgepackte und unbequeme Arbeitsräume und Büros, die von mehreren Mitarbeitern geteilt werden müssen, sind an der Tagesordnung. Arbeitsüberlastung im Dienst und die Bürden der weitgehend unmechanisierten Hausarbeit tun ein übriges, die Wissenschaftler, Ingenieure und Lehrer zu zermürben.<sup>12</sup> Offiziell zugestandene Vergünstigungen für Wissenschaftler und Techniker, wie z.B. ein Jahresurlaub von vierzehn Tagen oder alle drei Jahre ein sechsmonatiger Forschungsurlaub, werden nur in den seltensten Fällen gewährt.<sup>13</sup>

Von Übel ist weiterhin, daß das große Heer der Intellektuellen mittleren Alters - die für die nächsten zwei bis drei Jahrzehnte die Hauptlast der Modernisierung tragen sollen - vielfach stellungs- und gehaltsmäßig nicht richtig eingestuft und teilweise nicht den Fähigkeiten und dem Ausbildungsstand entsprechend eingesetzt ist. Das Anfang der achtziger Jahre eingeführte System von Dienstgraden, nach dem Wissenschaftler und Techniker mit entsprechenden Beförderungschancen eingestuft werden sollten, findet keine Anwendung. Die Einstufungsmaßnahmen sollen seit über fünf Jahren ins Stocken geraten sein; Zehntausende von Wissenschaftlern und Technikern, insbesondere solche der mittleren Altersgruppen, also diejenigen, die in den sechziger und siebziger Jahren ihr Examen abgelegt haben, warten bislang vergeblich auf ihre Einstufung, geschweige denn Beförderung. Hingegen soll dieser Mißstand beim Verwaltungspersonal, also den Kadern, nicht bestehen. Sie werden durchweg schnell befördert und erhalten dann sofort Gehaltserhöhungen, während studierte Fachleute selbst im Falle einer Beförderung häufig nicht in den Genuß einer höheren Gehaltsstufe kommen.<sup>14</sup>

Noch fataler ist, daß die Jahr für Jahr die Universitäten und Hochschulen verlassenden Jungakademiker zum überwiegenden Teil keinen ihrer Ausbildung gemäßen Arbeitsplatz erhalten. Die Fehlbesetzungen sind auf das System der staatlichen Arbeitsplatzzuweisung zurückzuführen; das System soll zwar dahingehend reformiert werden, daß sich die Hochschulabsolventen um Stellen bewerben und sich die einstellenden Einheiten die passenden Bewerber auswählen, doch befindet sich diese Reform erst im Experimentierstadium, d.h., das neue System wird erst von einigen wenigen Universitäten und Hochschulen praktiziert, während die meisten noch nach dem alten System verfahren. Wenn Arbeitsplätze mit bürokratischen Methoden zugeteilt und persönliche Fähigkeiten und Interessen dabei selten berücksichtigt werden, dann führt dies nicht nur zu Ineffizienz am Arbeitsplatz und damit zur Verschwendung finanzieller und intellektueller Ressourcen, sondern auch zu Unzufriedenheit und Resignation auf Seiten der Hochschulabsolventen. Die vielpropagierte freie Arbeitsplatzsuche nach Abschluß des Studiums fällt bisher noch kaum ins Gewicht: Nach einer Erhebung der Jahre 1984 bis 1987 sollen nur 2,02 Prozent des akademischen Personals an Hochschulen, Forschungsinstitutionen und Industriebetrieben in bezug auf ihren Arbeitsplatz oder ihre Forschungsprojekte eine eigene Entscheidung haben treffen können. Dies besagt zwar nicht, daß die übrigen 97,98 Prozent falsch eingesetzt sind, doch führte jüngst ein Sprecher der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik die mangelnde Kompetenz der staatlichen Forschungseinrichtungen, von denen seinen Angaben zufolge nur ein Viertel kompetent sei, auf die staatliche Arbeitsplatzverteilung zurück.<sup>15</sup>

Ein Kapitel besonderer Art stellen die nach abgeschlossenem Auslandsstudium in die Heimat zurückgekehrten Akademiker dar. Bei ihnen handelt es sich um teilweise hochqualifizierte Fachleute, die sich an führenden Universitäten Japans, der USA und Westeuropas Spezialkenntnisse erworben haben und sich in ihrem Fach zumeist auf der Höhe des derzeitigen Wissensstandes befinden. Viele von ihnen kehren in der guten Absicht heim, ihrem Vaterland dienen zu wollen, wie es der Staat von ihnen verlangt, nur um dann feststellen zu müssen, daß sie ihre Fachkenntnisse nicht verwerten können, weil sie

nicht dort eingesetzt werden, wo sie gebraucht würden. So erschien in der westlichen Presse vor nicht langer Zeit ein Bericht über eine Gruppe von 38 chinesischen Postgraduierten, die in den USA ihren Magister in "business administration" erworben hatten. Danach waren sie nach China zurückgekehrt, doch fanden sie durchweg keinen Arbeitsplatz, auf dem sie ihre Fähigkeiten anwenden konnten. Einige von ihnen arbeiten als Übersetzer, andere sitzen in überbesetzten Büros und haben nichts zu tun, und eine Reihe von ihnen hat überhaupt keine Arbeit gefunden.<sup>16</sup> Berichte wie dieser sind keine Ausnahme.

Wie erklärt sich diese Unfähigkeit, qualifizierte Fachleute mit Auslandsstudium - für die zweifellos Bedarf besteht - effizient einzusetzen? Das Problem ist, daß der angestrebte freie Stellenmarkt für studierte Fachleute in der Praxis noch nicht funktioniert, d.h., man hat große Schwierigkeiten, auf sich allein gestellt eine attraktive Stellung zu finden. In dem angeführten Beispiel war das betr. Studienprogramm von der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik initiiert worden, doch diese erklärte sich hinterher für die Stellensuche der zurückgekehrten Fachleute nicht mehr zuständig. In der Regel übernimmt die Universität oder Hochschule die Stellenvermittlung für ihre Absolventen. Auslandsstudenten jedoch hängen nach ihrer Rückkehr häufig "in der Luft". Nach den neuesten Bestimmungen für Auslandsstudenten müssen Hochschulabsolventen daher zunächst eine ihnen vermittelte Stellung antreten, bevor sie an einer ausländischen Universität weiterstudieren. Diese Bestimmung birgt das Risiko, daß die Arbeitseinheit dem Neueingestellten die Erlaubnis verweigert, sich durch ein Auslandsstudium weiter zu qualifizieren. Der Vorteil liegt darin, daß dem Auslandsstudenten sein Arbeitsplatz reserviert wird und ihm die Arbeitssuche erspart bleibt. Der Nachteil ist allerdings, daß er dann in der Regel für seinen alten Arbeitsplatz überqualifiziert ist. Er kann jedoch in den wenigsten Fällen damit rechnen, befördert zu werden. Senioritätsansprüche, Neid und Mißgunst der Kollegen, nicht zuletzt auch die Vorurteile der meist mit konservativ-orthodoxen Kadern besetzten Personalverwaltungen gegen die Auslandsstudenten, die in dem Verdacht stehen, vom Ausland geistig "infiziert" zu sein, verhindern nahezu zwangsläufig eine effiziente, sachgerechte Personalpolitik für diese Gruppe von Intellektuellen.

### Die moralisch-ideologischen Anforderungen an die Intellektuellen

Als Vermittler von Werten unterstehen die Intellektuellen der besonderen Kontrolle durch die Partei. Die Partei zeichnet den Weg vor, den die Intellektuellen zu gehen haben - für die Wissenschaftler und Techniker sind es die Programme (Wissenschaftspläne usw.) für die "Vier Modernisierungen", für die Literaten, Künstler, Geisteswissenschaftler, Professoren, Lehrer und Journalisten vor allem die "Leitprinzipien für den Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation". Die ideologische Kontrolle ist vornehmlich auf die zweite Gruppe gerichtet, d.h. diejenigen, die die sozialistische geistige Zivilisation schaffen sollen. Die "Leitprinzipien" geben den Rahmen für die geistig-moralische Entwicklung vor, und es ist selbstverständlich, daß die Partei von den Intellektuellen erwartet, daß sie sich an diese "Leitprinzipien" halten.

Darüber hinaus erwartet die Partei noch sehr viel mehr von den Intellektuellen, sie stellt ganz konkrete moralische und ideologische Anforderungen an sie, deren wichtigste die folgenden sind:<sup>17</sup>

- Festhalten an den "Vier Grundprinzipien" (Sozialistischer Weg, Marxismus-Leninismus-Mao-denken, demokratische Diktatur des Volkes, Führungsrolle der Partei)
- aktive Unterstützung der Reform- und Öffnungspolitik
- Einsatz aller Kräfte für die Modernisierung
- Patriotismus sowohl im Sinne der Identifizierung mit der Nation als auch im Sinne des Widerstands gegen eine Verwestlichung und des Kampfes gegen dekadentes bürgerliches Gedankengut
- Loyalität gegenüber der Partei
- hohe Moral (Fleiß, Disziplin, Selbstlosigkeit, kein Profitstreben, im Dienst des Volkes stehen)
- ständige Bereitschaft zur Selbstvervollkommnung (Selbstkultivierung, chin. *xiuyang*)
- Verbindung von Theorie und Praxis, d.h. praxisorientiertes Arbeiten
- Verbindung mit den Massen.

Die ersten drei Forderungen sollen sicherstellen, daß die Intellektuellen die Parteidoktrin voll akzeptieren und sich mit der gegenwärtigen Politik identifizieren. Nur wenn sie auf dem Boden der Parteideologie stehen, können sie die "richtigen"

Werte vermitteln. Aktive Unterstützung der gegenwärtigen Politik beinhaltet, daß sich die Partei der Intellektuellen als Instrumente ihrer Politik bedienen will. Diese Absicht hat die Partei schon immer verfolgt; der Unterschied zur Vergangenheit, zumal zur kulturrevolutionären Zeit, liegt lediglich darin, daß der Kurs der Partei heute breitere Zustimmung unter den Intellektuellen findet.

Der Patriotismus ist eine zentrale Forderung. Er ist aufs engste mit der Öffnungspolitik verbunden, ja ist im Grunde eine Reaktion auf diese. Er ist gleichsam das Bollwerk gegen unerwünschte ausländische Einflüsse, die im Zuge der Öffnung nach außen ins Land dringen. Ausdruck des Patriotismus ist eine starke konservative Strömung in Richtung auf das eigene kulturelle Erbe, die insbesondere von den Parteiorthodoxen vertreten wird und in der vielfach das kulturelle Überlegenheitsgefühl der Vergangenheit wieder zum Vorschein tritt.<sup>18</sup>

Die drei folgenden Anforderungen - Loyalität zur Partei, hohe Moral und Selbstvervollkommnung - zielen auf die moralischen Qualitäten im engeren Sinne. Appelliert wird hier - übrigens weitgehend mit den traditionellen Begriffen - an die gleichen Tugenden, die auch die konfuzianischen Literaten-Beamten im traditionellen chinesischen Kaiserreich haben mußten. Freilich ist Loyalität - d.h. absoluter Gehorsam - gegenüber der Partei ein leninistisches Prinzip, doch ersetzt man Partei durch Herrscher, so ist die Ähnlichkeit mit der konfuzianischen Kardinaltugend Loyalität nicht von der Hand zu weisen. Es war Liu Shaoqi, der bereits in den vierziger Jahren beim Entwurf seines Konzepts zur Erziehung von Parteimitgliedern bewußt auf das konfuzianische Vorbild zurückgriff, um das Anliegen der Partei in einer den Chinesen vertrauten Terminologie und Vorstellungswelt anzubringen. Dies gilt vor allem auch für den Begriff "Selbstvervollkommnung" (*xiuyang*). Im traditionellen Kontext verstand man darunter "die ethische Anstrengung eines jeden nach innerer Vervollkommnung strebenden Menschen, sein Denken und sein Handeln mit dem 'Prinzip', das seiner jeweiligen Ordnungsvorstellung zugrunde lag (konfuzianisch, buddhistisch etc.), in Übereinstimmung zu bringen." *Xiuyang* impliziert "die totale Verschmelzung individuellen Denkens mit dem 'Prinzip', die völlige Un-

terwerfung unter die als dominant definierte Theorie und deren Repräsentanten und natürlich den vollen Einsatz eines jeden bei der Verbreitung des daraus resultierenden politischen Denkens."<sup>19</sup>

In genau diesem Sinne wollte Liu Shaoqi die Mitglieder der Kommunistischen Partei zur Selbstvervollkommnung anhalten. Sein Konzept wurde in der Kulturrevolution verworfen, genießt heute jedoch wieder offizielle Anerkennung. Bemerkenswert ist dabei, daß *xiuyang* heute für die Intellektuellen allgemein Geltung haben soll.<sup>20</sup> Dies macht deutlich, daß die Intellektuellen für den Staat eine hervorgehobene Bedeutung haben, an sie werden besondere moralische Ansprüche gestellt, genau wie an die Gebildeten im konfuzianischen Staat. Kraft seiner Bildung ist der Intellektuelle in der Lage, *xiuyang* zu üben, und dies befähigt ihn in den Augen der Partei in hohem Maße, als Verkünder und Unterstützer der Parteidoktrin und -politik zu fungieren.

Die beiden letzten der obengenannten Anforderungen haben eine moralische und eine praktische Seite. In moralischer Hinsicht sollen sie verhindern, daß der Intellektuelle "Standesdünkel" entwickelt und sich von den Massen entfernt. Das praktische Anliegen ist, daß der Staat die Rückständigkeit im chinesischen Hinterland durch Know-how-Transfer überwinden möchte und aus diesem Grunde vor allem an jüngere Intellektuelle appelliert, in die unterentwickelten Gebiete zu gehen. Zwar werden heute keine zwangsweisen Landverschickungen mehr vorgenommen, aber den Appell, "an die Basis zu gehen", empfinden viele als moralischen Druck, der die Möglichkeiten der persönlichen Entfaltung einschränkt.

Eine Sondergruppe unter den Intellektuellen stellen die Schriftsteller dar, an die deshalb auch besondere Anforderungen gestellt werden. Wie die Intellektuellen allgemein sollen auch sie die Reformpolitik unterstützen. Konkret heißt das für die Schriftsteller, daß sie die Reform in ihren Werken darstellen sollen, und zwar positiv.<sup>21</sup> Darüber hinaus sollen sie sich aktiv dem Aufbau der "sozialistischen geistigen Zivilisation" widmen, d.h., sie sollen dem Volk geistige Nahrung liefern und es in den "Vier Haben" (Ideale, Moral, Wissen und Disziplin) erziehen. Von ihnen wird ein hohes Maß an sozialer Verantwortung verlangt; so haben sie dem Volk zu dienen und stets die soziale Wirkung ihrer Werke zu bedenken.<sup>22</sup>

Den Schriftstellern wird heute zwar bis zu einem gewissen Grade künstlerische Freiheit zugestanden, umschrieben mit dem Ausdruck "Laßt hundert Blumen blühen", doch die Parteiorthodoxen verstehen darunter lediglich eine Vielfalt von Formen, Stilen und Themen, die aufgrund des Primats der Ideologie starken Einschränkungen unterliegt. Als Rahmen für das künstlerische Schaffen sollen immer noch Mao Zedongs Yan'aner Reden über Literatur und Kunst aus dem Jahre 1942 gelten, wenn auch in modifizierter Form. So brauchen Literatur und Kunst nicht mehr nur den Arbeitern, Bauern und Soldaten zu dienen, sondern können für das ganze Volk geschaffen werden, also auch für Intellektuelle. Aber der sozialistische Realismus wird weiterhin als offizielle Kunstrichtung vorgeschrieben. Dies bedeutet in erster Linie, daß der Schriftsteller in seinen Werken die soziale Wirklichkeit widerspiegeln soll, und zu diesem Zweck muß er die soziale Praxis kennenlernen, d.h. unter die Massen gehen. Zum anderen bedeutet es, daß es ihm offiziell verwehrt ist, moderne Kunsttheorien zu verwenden.

#### Rollenzuweisung und Rollenverständnis der Intellektuellen

Die Anforderungen der Partei an die Intellektuellen lassen erkennen, daß die Partei ihnen nur eine einzige Rolle zugesteht, nämlich Propagandisten, Unterstützer und Förderer der Parteipolitik zu sein, konkret also der Reform- und Öffnungspolitik, wie sie offiziell betrieben wird. Die dem Intellektuellen gelegentlich zugestandene Rolle des Kritikers ist nur im Rahmen dieser einzigen Rolle des Unterstützers der Parteipolitik zu verstehen, nicht jedoch als die eines unabhängigen Kritikers. Denn Kritik hat sich lediglich auf die Gegner der Partei und auf offensichtliche und behebbare Mißstände, niemals aber auf die Partei selbst zu erstrecken. In diesem Sinne war z.B. die Kritik an der Kulturrevolution ausdrücklich erwünscht. Auch die Aufforderung an die Intellektuellen, den Führungsorganen als Berater zur Verfügung zu stehen,<sup>23</sup> bedeutet nicht etwa, für den Staat von einer unabhängigen Position aus Perspektiven zu entwickeln oder Kritik zu üben, sondern auf der Grundlage der offiziellen Politik lediglich fachliche Expertisen abzugeben.

Die Praxis der letzten zehn Jahre hat gezeigt, daß sich Chinas Intellektuelle nicht mehr mit dieser einen ihnen zugewiesenen Rolle begnügen wollen. Dies gibt der Partei immer wieder Anlaß zu Kritik und Maßregelung einzelner Intellektueller. Am meisten betroffen sind Schriftsteller, aber auch Wissenschaftler. In jedem Einzelfall wirft die Partei dem betr. Intellektuellen vor, sich eine ihm nicht zustehende Rolle angemaßt zu haben. Den konkreten Vorwürfen nach zu urteilen, handelt es sich um zwei Rollen, die die Intellektuellen heute - und zwar in zunehmendem Maße - wahrnehmen: die eines unabhängigen Kritikers und die eines Sehers oder Propheten.

Viele Intellektuelle empfinden eine starke Diskrepanz zwischen den Modernisierungsanstrengungen auf wirtschaftlichem Gebiet und dem Zurückbleiben der geistig-kulturellen Entwicklung oder, anders ausgedrückt, zwischen der sich modernisierenden Basis und dem allgemein von Konservatismus beherrschten Überbau. Sie finden diese Diskrepanz um so unerträglicher, je mehr sie aufgerufen sind, am Aufbau der "sozialistischen geistigen Zivilisation" und eines "Sozialismus chinesischer Prägung" mitzuwirken. Denn wie kann Neues entstehen, wenn man sich immer nur an die alten Vorbilder hält? Vielfach aus echtem sozialen Verantwortungsgefühl heraus werden diese Intellektuellen deshalb zu Kritikern der gegenwärtigen Politik und Zustände. Zum einen gehen ihnen die Reformen nicht weit genug, d.h., sie fordern weitergehende Reformen im Überbau, letztlich also mehr geistige und künstlerische Freiheit; zum anderen üben sie Kritik an krassen Mißständen in Partei und Gesellschaft, durch die sie den Erfolg der Reformen gefährdet sehen. Die Partei reagiert auf solche Kritik mit vehementen Angriffen, weil sie das Prinzip ihrer Führungsrolle, wenn nicht gar alle Vier Grundprinzipien verletzt sieht. Dies war der Fall bei den Schriftstellern Bai Hua, Liu Binyan, Wang Ruowang und Liu Xinwu<sup>24</sup> und bei dem Wissenschaftler Fang Lizhi<sup>25</sup>, um nur die prominentesten Kritiker zu nennen. Gerade Fang Lizhi hat sich in seinen Vorträgen vor Studenten immer wieder mit der Rolle der Intellektuellen beschäftigt und dabei ihre Unterwürfigkeit unter die Macht angeprangert und die Intellektuellen aufgerufen, eine unabhängigere Position einzunehmen.

In der Rolle des Sehers begreifen sich vor allem Literaten und Künstler. Hinter diesem Rollenverständnis steht die Auffassung, daß Künstler eine besondere Sensibilität und besondere Gaben haben, die sie befähigen, Dinge zu sehen und Visionen zu entwickeln, die anderen Menschen verschlossen bleiben. Ganz gleich, ob bewußt oder unbewußt, sehen sich diese Künstler in einer Sonderrolle. In den Augen der Partei bedeutet diese Haltung eine Anmaßung und ein Sichentfernen von den Massen.

Daß sich Intellektuelle in diesen beiden Rollen - der des unabhängigen Kritikers und des Sehers - begreifen, ist für die Volksrepublik neu. Sie knüpfen damit an die Tradition des 4.Mai an. Es gehörte zu den Wesensmerkmalen der Intellektuellen und Schriftsteller der 4.Mai-Generation, daß sie sich ausschließlich in diesen beiden Rollen übte, auch damals ein Novum. Kritik hatte zwar auch im traditionellen China ihren Platz, ja sie wurde von den Literaten-Beamten sogar als moralische Verpflichtung empfunden, aber sie hatte systemimmanent zu sein, d.h. kritisiert werden durften nur Abweichungen von den konfuzianischen Wert- und Ordnungsvorstellungen, nicht aber diese selbst. In dieser Hinsicht unterscheidet sich das heutige Regime nicht vom konfuzianischen Staat.

Unabhängige Kritik würde den Führungsanspruch der Kommunistischen Partei unterminieren, nicht zuletzt auch deshalb, weil denjenigen, die sie übten, damit eine Sonderstellung in der Gesellschaft zukäme, und beides kann die Partei nicht dulden. Bei der offiziellen Kritik an Fang Lizhi z.B. klang auch immer der Vorwurf mit, er habe sich Sonderrechte herausgenommen und die Intellektuellen in Gegensatz zu den übrigen Teilen der Gesellschaft gesetzt.<sup>26</sup> Auch die Anerkennung der Seherrolle liefe darauf hinaus, daß man einer kleinen Gruppe von Menschen, die für sich in Anspruch nimmt, mit besonderen, sie zu höheren Einsichten bringenden Gaben ausgestattet zu sein, eine vom Volk abgehobene Stellung einräumte. Es ist daher nur folgerichtig, wenn die Partei Schriftsteller und Künstler nicht als außergewöhnliche, überhöhte Wesen ansieht, sondern als ganz gewöhnliche Funktionsträger, ausgestattet zwar mit speziellen Fähigkeiten wie andere Fachleute auch, aber letztlich doch Fähigkeiten, die

erlernbar sind - ähnlich wie handwerkliche Techniken. Der sozialistische Realismus gibt das Handwerkszeug ab, wer seine Regeln beherrscht, ist ein guter Künstler. Schon Mao Zedong faßte den Dichter im wesentlichen als Techniker auf,<sup>27</sup> und dieser mechanistischen Sicht hängt die Partei bis heute an. Diese Auffassung findet ihren Ausdruck in der heute offiziellerseits gern verwendeten Bezeichnung der Schriftsteller als "Ingenieure der menschlichen Seele".

Die Schwierigkeiten zwischen Partei und Intelligenz in der nachmaoistischen Zeit rühren daher, daß beide Seiten ein unterschiedliches Rollenverständnis von den Intellektuellen haben. Wenn sich auch ein Großteil der Intelligenz parteikonform verhält und die ihm zugewiesene Funktion der Unterstützung der Reformpolitik akzeptiert, so ist doch nicht zu übersehen, daß eine zunehmende Zahl von Intellektuellen dieses traditionelle Rollenverständnis zu überwinden trachtet. Zu keiner Zeit seit 1949 hat es so viele Intellektuelle gegeben, die die Rolle des unabhängigen Kritikers einnehmen, wie seit dem Beginn der Reform- und Öffnungspolitik. Man kann hier von einem neuen Selbstverständnis sprechen.

Wenn heute Intellektuelle in eine der Partei nicht erwünschte Rolle schlüpfen, so gehen sie damit immer noch ein Risiko ein, denn die Partei reagiert nicht nur mit Kritik, sondern auch mit Sanktionen. Im Zeitalter der Reformen nehmen diese zwar mildere Formen an als zu Maos Zeiten, doch für den einzelnen sind damit dennoch spürbare Nachteile verbunden. Ein Parteiausschluß etwa kommt einem Veröffentlichungsverbot gleich, eine Versetzung kann sich in materieller Hinsicht nachteilig auswirken und den Betroffenen zudem seiner bisherigen Entfaltungsmöglichkeiten berauben.

Zu den genannten drei Rollen, die Intellektuelle heute in China einnehmen können, tritt noch eine vierte Rolle: die des Verweigerers. Sie zeugt nicht gerade von einem gesteigerten Selbstbewußtsein der Intellektuellen als einer sozial verantwortlichen Gruppe, birgt dafür aber kaum ein Risiko, obwohl auch diese Rolle der Partei unerwünscht ist. Die Verweigerungshaltung läßt sich allgemein kennzeichnen als ein Desinteresse, sich für Partei und Staat zu engagieren. Sie äußert sich auf die verschiedenste Weise. In ihrer profansten Form findet sie

Ausdruck in dem Streben nach privaten Vorteilen und privatem Glück. Diese Art der Verweigerung ist zwar kein typisches Verhaltensmuster ausschließlich der Intellektuellen (und entspricht auch weder dem konfuzianischen noch dem heutigen Ideal eines Intellektuellen), doch der konsequenteste Weg der Verweigerung, nämlich das Land zu verlassen oder von einem Studienaufenthalt im Ausland nicht zurückzukehren, wird vorwiegend von Intellektuellen genutzt.<sup>28</sup>

Andere Erscheinungsformen des Rückzugs, die gerade unter jüngeren Intellektuellen keine Seltenheit sind, sind eine verstärkte Hinwendung zur Religion, die Suche nach dem Ich, nach der eigenen Identität und nach Sinn, eskapistische Tendenzen und das Auskosten von Entfremdungsgefühlen. Entscheidend für diese Haltung ist die Abwendung von der Politik, deren Ursache eine in Intellektuellenkreisen weitverbreitete Desillusionierung ist. Der Verlust menschlicher Werte in der jüngeren Vergangenheit und der allseits um sich greifende Materialismus, der alle Ideale zu ersticken droht, wecken in vielen die Sehnsucht, die verlorengegangenen Werte wiederzuentdecken oder aufzuspüren. Ganz deutlich ist diese Tendenz in der gegenwärtigen Literatur, aber auch in der bildenden Kunst wahrzunehmen, die beide von einem unverkennbaren Zug zum Subjektivismus geprägt sind. Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auf die *Xungen*-Literatur, bei der es um die Suche nach der verlorenen Identität geht (*xungen* heißt wörtlich "Suche nach der Wurzel"), und die sog. "obskure Lyrik", die inzwischen zu nicht mehr fortzudenkenden Bestandteilen der chinesischen Gegenwartsliteratur geworden sind.<sup>29</sup>

Die Partei sieht diese Tendenzen höchst ungern, weil sich deren Vertreter einen Freiraum suchen und sich der sozialen Verantwortung entziehen. Aber da sie selbst in dieser Literatur nicht figuriert und folglich auch nicht Gegenstand der Kritik ist, verzichtet sie auf persönliche Angriffe gegen einzelne Lyriker und Schriftsteller und beschränkt sich auf die allgemeine Verurteilung dieser Strömungen.<sup>30</sup> Die Gleichgültigkeit dieser Gruppe von Literaten gegenüber der Reformpolitik ist der Partei ein Dorn im Auge, und so wird der Ruf, die Literatur möge sich verstärkt dem Thema der Reformen widmen, immer lauter.<sup>31</sup> Doch scheint das Reformthema weitgehend seine Anziehungskraft verloren zu haben.

## Partei und Intellektuelle - ein schwieriges Verhältnis

Die obigen Ausführungen haben gezeigt, daß das enge und gute Verhältnis zwischen Partei und Intellektuellen, das von der Partei immer wieder beschworen wird, eine Illusion ist. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Weder wird die Partei ihrem Anspruch gerecht, der Intelligenz eine ihrer Bedeutung entsprechende angemessene Behandlung zuteil werden zu lassen, noch verhalten sich die Intellektuellen im Sinne der an sie gestellten Normen. Die Ursachen für das Auseinanderklaffen zwischen Anspruch und Wirklichkeit liegen auf beiden Seiten der Partei in dem Fortbestehen von Vorurteilen gegen die Intellektuellen und von orthodoxen Vorstellungen über ihre Funktionen in der Gesellschaft, auf beiden Seiten der Intelligenz in einem neuen Rollenverständnis, das nicht mit dem der Partei übereinstimmt. Solange sich die Ansprüche der beiden Seiten nicht in Einklang bringen lassen - und das heißt vor allem, solange unterschiedliche Vorstellungen über die Rolle der Intellektuellen in der Gesellschaft herrschen -, solange wird das Verhältnis zwischen ihnen ein schwieriges, ein von gegenseitigem Mißtrauen gekennzeichnetes bleiben. Ebensovienig wie ein Verzicht der Partei auf ihren Führungsanspruch derzeit vorstellbar wäre, wären die Intellektuellen heute noch zu absolutem Parteikonformismus zu bringen. Dies wäre nur mit Zwang zu erreichen und hieße das Rad der Geschichte zurückdrehen. Zwang aber gehört nicht mehr zu den Methoden, die die Partei im Zeitalter der Reformen gegenüber den Intellektuellen anwendet. Dies allein bedeutet schon einen Fortschritt. Positiv ist darüber hinaus zu werten - und das muß bei allen Schwierigkeiten, die zwischen Partei und Intelligenz bestehen, betont werden -, daß Chinas Intellektuelle ein neues Selbstbewußtsein entwickeln und neue Wege betreten, steinige zwar, aber dennoch Wege, die die Partei nicht mehr ohne weiteres versperren kann.

## Anmerkungen

- 1) Eine Übersetzung des Textes findet sich in: Martin Krott, "Programm für Chinas Zukunft", 2. erw. Aufl., Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Nr. 95, Hamburg 1978, S.85 ff.
- 2) Siehe C.a. 1978/4, Ü 18.
- 3) Vgl. das Communiqué der 3. Plenartagung des XI.ZK der KPCh in "Peking Rundschau", 31.12.78, S.6-17. Siehe auch C.a. 1979/1, Ü 24.

- 4) Vgl. z.B. Yun Wen, "Die Voraussetzung zur Schaffung einer harmonischen Atmosphäre liegt darin, den Intellektuellen zu vertrauen" (chin.), GMRB, 11.6.86.
- 5) RMRB, 29.9.86, dt. Übers. in BRu, 7.10.86.
- 6) "Die Intellektuellen auf den Weg des gesunden Wachstums führen" (chin.), HQ 1986, Nr.18 (16.9.86), S.17-23. Engl. Übers. in SWB, 11.10.86.
- 7) "Welches ist die Mission der heutigen chinesischen Intellektuellen?" (chin.), GMRB, 23.1.87.
- 8) "Die Intellektuellen müssen ihr 'Engagement' für die Reform stärken" (chin.), GMRB, 20.1.88.
- 9) RMRB, 4.11.87; dt. Übers. in BRu, 10.11.87, hier S.IX.
- 10) Vgl. Leitartikel in GMRB, 18.7.87; engl. Übers. in SWB, 31.7.87.
- 11) "Diese Zeitung beruft eine Sitzung über die Probleme der Intellektuellen mittleren Alters ein" (chin.), GMRB, 15.7.87.
- 12) Ebd.
- 13) "Ming Bao" (Hong Kong), 1.9.87, nach SWB, 9.9.87.
- 14) Ebd.
- 15) Yang Peiqing, "Analyse und Implikationen der Mobilität von wissenschaftlich-technischem Personal" (chin.), GMRB, 6.1.88.
- 16) IHT, 28.12.87.
- 17) Als Quelle dienen der ZK-Beschluß über die "Leitprinzipien für den Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation" (RMRB, 29.9.86; dt. Übers. in BRu, 7.10.86) sowie die erwähnten Artikel über die Intellektuellen in HQ 1986, Nr.18 (16.9.86) und in GMRB vom 11.6.86 und 20.1.88.
- 18) Z.B. Zang Kejia, "Nationalstolz und Verehrung alles Ausländischen" (chin.), GMRB, 21.2.87.
- 19) Vgl. Jörg-Michael Luther, "Liu Shao-Qis umstrittenes Konzept zur Erziehung von Parteimitgliedern", Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Nr. 100, Hamburg 1978, S.150 u. 151.
- 20) HQ 1986, Nr. 18 (16.9.86), S.23.
- 21) Vgl. C.a. 1987/8, Ü 24.
- 22) Zhou Zhonghou, "Das soziale Verantwortungsgefühl der Schriftsteller stärken" (chin.), RMRB, 3.3.87.
- 23) "Die Intellektuellen müssen ihr 'Engagement' für die Reform stärken", GMRB, 20.1.88.
- 24) Vgl. meine diesbezügl. Artikel in C.a. 1981/6, S.388-392 und 1987/2, S.143-147.
- 25) Zu Fang vgl. C.a. 1987/2, S.143-147.
- 26) Siehe z.B. Zhu Yaxuan, Zhu Ronglin, "Die Beziehungen zwischen der Partei und den Intellektuellen sind nicht leicht zu trüben" (chin.), RMRB, 20.1.87.
- 27) Siehe dazu Bonnie S. McDougall, "Mao Zedong's Talks at the Yan'an Conference on Literature and Art", Ann Arbor 1980, S.11.
- 28) Zur Intellektuellenflucht vgl. C.a. 1980/6, Ü 16.
- 29) Zur "Xungen"-Literatur siehe Goatkoei Lang-Tan, "Auf der Suche nach der verlorenen Identität. Zum Phänomen der 'Xungen Wenxue' in der chinesischen Gegenwartsliteratur (1984-1987)", in: "Drachenboot", Nr.1/1987, S.30-34. Zur "obskuren Lyrik" und anderen modernistischen Tendenzen siehe D.E. Pollard, "The Controversy Over Modernism, 1979-84", in: The China Quarterly, No.104, Dec.1985, S.641-656.
- 30) Vgl. z.B. Zhou Zhonghou, "op. cit.", RMRB, 3.3.87.
- 31) Vgl. C.a. 1987/8, Ü 24.

## Oskar Weggel

# Geschichte und Gegenwartsbezug

## Teil 4: Auf den Spuren des Sowjetmodells (1953-1957) Zwischen Fortschrittsoptimismus und Entmündigungsängsten

### Gliederung:

1. "Von der Sowjetunion lernen": Königsweg oder Sackgasse?
  - 1.1. Die "Generallinie für die Übergangsperiode"
    - 1.2. Der Erste Fünfjahresplan (1953-57), ein Maßanzug nach stalinistischem Schnittmuster
    - 1.3. Neue Führungs- und Verwaltungsinstitutionen
    - 1.4. Die Militärdebatte
    - 1.5. Wissenschaft und Kultur: ein heißes Eisen
  2. Abkehr vom sowjetischen Weg: Auf der Suche nach einer eigenen revolutionären Identität
    - 2.1. Beginn einer erneuten "Sinisierung" des Marxismus
    - 2.2. Die Entfaltung eines chinesischen Sonderwegs auf drei Gebieten
      - 2.2.1. Der landwirtschaftliche Kollektivierungsprozeß unter Vollgas
      - 2.2.2. Hundert Blumen - hundert Giftkräuter
        - 2.2.2.1. Die schwierigen Intellektuellen
        - 2.2.2.2. Die "Hundert-Blumen-Kampagne"
        - 2.2.2.3. Die Rechtsabweichlerkampagne: Der Kampf gegen die "kleinen Ungarn"
        - 2.2.2.4. Die Doppelkampagne als Symptom für innerparteiliche Fraktionsauseinandersetzungen
      - 2.2.3. "Auskaufen" der Nationalen Bourgeoisie
      - 2.2.4. Der Gao/Rao-Fall - ein weiteres Konfliktsignal

3. Der VIII.Parteitag: Ein stilles Mahnmal in unruhiger Zeit
4. Die Außenpolitik im Zeichen der Koexistenz und der Friedenssehnsucht

1. "Von der Sowjetunion lernen": Königsweg oder Sackgasse?  
Nachdem sich China seit Beginn der fünfziger Jahre außenpolitisch ganz "nach einer Seite gelehnt hatte", nämlich zur Sowjetunion hin, war es nur konsequent, wenn es jetzt, nach dem "Aufräumen mit der alten Gesellschaft", zu Hause auch gleich noch das sowjetische Modell übernahm, um den "Aufbau des Sozialismus" voranzutreiben.

Zwar bestanden zwischen der UdSSR von 1917 ff. und der Volksrepublik von 1949 ff. zahlreiche Unterschiede: Rußland war z.B. 1917 nur relativ unterentwickelt, während China i.J. 1949 nahezu vor dem wirtschaftlichen Nichts stand. Ferner hatte die Oktoberrevolution in einem aktiv imperialistischen Staat, dem zaristischen Rußland, der Umsturz in China dagegen in einem von ausländischen Mächten beherrschten Gemeinwesen stattgefunden, weshalb in China die Nationale Bourgeoisie für die KPCh durchaus bündnisfähig war. Was die Machtergreifung angeht, so war sie der KPdSU schon nach wenigen Wochen gelungen, und zwar in den Städten, während die KPCh 28 Jahre lang darum hatte kämpfen müssen, und zwar zumeist auf den Dörfern - ein Unterschied, der sich unweigerlich auf den "Arbeitsstil" beider Parteien auswirken mußte. Auch die aus der Vergangenheit tradierten Wertesysteme beider Völker hätten kaum verschiedener sein können. Auf der anderen Seite wiesen beide Revolutionen jedoch